

Merseburger Correspondent.

Ercheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Festtagen) früh 7/8 Uhr.
Telephonanzschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Austürliches Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Herkunfts-
1 Mark 60 Pf. durch die Post.

Nr. 304.

Dienstag den 30. Dezember.

1902.

Abänderung des Reichstagswahlrechts?

Ein Grand Seigneur, welcher in Hofkreisen viel verkehrt und gleichzeitig intime Fühlung mit den Kreisen der Diplomatie und der Parlamentarier unterhält, äußerte in diesen Tagen im privaten Gespräch, daß das bestehende Reichstagswahlrecht einer ersten und schweren Gefahr ausgesetzt sei. Die Scharfmacher seien mit nie zuvor gefannter Kühnheit an der Arbeit und auch in parlamentarischen Parteien, welche früher als unabweisliche Verteidiger desselben angesehen werden konnten, sei unverkennbar die Neigung hervorgetreten, auf eine Abänderung des Wahlrechts einzugehen.

Er berichtet weiter, welcher beispiellose Druck auf die Angehörigen der Mehrheitsparteien ausgeübt worden sei, um für den Antrag Kardorff zu stimmen, und zwar sei dieser Druck nicht nur aus den Parteien selbst heraus bewirkt worden, sondern auch aus den Kreisen des Hofes und der Regierung.

Es war ja ohne weiteres klar, daß bei dem Antrag Kardorff der Reichstagsrat und andere hohe Reichs- und Staatsbeamte ihre Hand mit im Spiele hätten, daß nur im vollen Einverständnis mit dem Reichstagsrat ein solcher Antrag überhaupt eingebracht werden konnte, und mit vollem Recht ist Graf Bülow daher im Reichstage als Mitschuldiger dieses Antrags bezeichnet worden. Es wäre interessant, zu erfahren, ob nicht die Idee hierzu von ihm selbst herührt. Nur ist nur, welcher Druck von seiner und ihm nahe stehender Seite ausgeht worden ist, um dem Antrage eine entsprechende Mehrheit zu verschaffen.

Das dieser Druck namentlich auf die National-liberalen seine Wirkung nicht verfehlt hat, weiß man allgemein, und es wird jetzt klar, daß man diesen gegenüber gerade mit dem Argument der Gefährdung der Verfassung der Sozialdemokratie gearbeitet und mit Erfolg operiert hat. Freilich, der Schlag, den man dem parlamentarischen System mit der Abänderung und Vergemeinschaftung der Geschäftsbildung in der letzten Woche verfehlt hat, die erst jene förmlichen Szenen im Reichstage entfachten, welche die Scharfmacher beabsichtigten — er müßte auch jenen National-liberalen, welche ernstlich geglaubt haben sollten, damit dem Parlamentarismus zu dienen, die Augen geöffnet haben, daß sie lediglich Werkzeuge in den Händen der Scharfmacher waren, daß sie die Gefahr, welche sie zu beschwören meinten, durch die Beteiligung an dem parlamentarischen Staatsstreich nur verschärfen haben.

Das man in dem jetzigen Reichstage den Versuch zu einer Abänderung des Wahlrechts machen dürfte, ist nicht wahrscheinlich; aber die Scharfmacher hoffen, unter dem Schutze des gesamten Regierungsapparats Wahlen zustande zu bringen, durch welche die Verfassung des jetzigen Wahlrechts auf verfassungsmäßigen Wege, d. h. durch Aenderung der Reichsverfassung herbeigeführt werden könnte. Und weder das Centrum, welches seinen Bestand bei einem Dreiklassenwahlrecht in der Art des preussischen mindereinstufigen ebenso gesichert glaubt wie unter dem jetzigen Reichstagswahlrecht, noch die National-liberalen — letztere wenigstens in ihrer Mehrheit — würden einen sicheren Schutz gegen dieses Attentat auf die Rechte des Volkes gewähren. Das die beiden konservativen Parteien mit der Hofanhängern eigenen Jagdfreude den Staatsstreich mitmachen würden, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Daß auf die Regierungen in dieser Beziehung gar kein Verlaß ist, haben die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt. Der nächste Wahlkampf wird sich also aller Voraussicht nach noch mehr, als im die Frage der Wahlzettel, um die Erhaltung des Wahlrechts drehen, und Sache der Wähler wird es sein, von den zu wählenden Abgeordneten in jedem Falle klipp und klaren Bescheid sich geben zu lassen, ob sie für die Erhaltung des geheimen, gleichen Wahlrechts eintreten oder nicht.

Der Konflikt mit Venezuela.

Präsident Roosevelt hat, wie schon in vor. Nr. mitgeteilt, das Anerbieten, als Schiedsrichter in der Venezuela-Frage zu fungieren, abgelehnt. „Reuters Bureau“ meldet aus Washington: „Präsident Roosevelt wird das Schiedsamt nicht übernehmen. Die ganze Streitfrage wird dem Haager Schiedsgericht überwiesen werden.“

Die Entscheidung hat Roosevelt getroffen in einer Sitzung des Cabinets, das am Freitag Vormittag zur Beratung der Venezuelafrage zusammentrat. Nachdem die Entscheidung gefallen, meldete „Wolfs Bureau“ aus Washington vom Freitag: „In den am 23. Dezember überreichten Noten haben sich die deutsche und die britische Regierung bereit erklärt, den Streit mit Venezuela für den Fall, daß Präsident Roosevelt das angebotene Schiedsamt nicht übernehmen sollte, unter gewissen Vorbehalten dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Diese Bereitwilligkeit hat dann auch die italienische Note zum Ausdruck gebracht.“ Auf den Inhalt dieser Vorbehalte kommt es an, um erkennen zu können, ob sie nicht im Grunde auf eine Ablehnung der Annahme des Haager Schiedsgerichts hinauslaufen.

An amtlicher Stelle in Berlin war nach der „Nationalztg.“ bis Sonnabend Nachmittag nichts darüber bekannt, daß Präsident Roosevelt das ihm angebotene Amt als Schiedsrichter nicht übernehmen wolle. Andererseits behauptet der „Berl. Localztg.“, daß am Sonnabend der ablehnende Bescheid Roosevelts dem Auswärtigen Amt in Berlin durch den amerikanischen Botschafter überreicht worden sei und daß das Auswärtige Amt sein tiefstes Bedauern darüber ausgesprochen habe, daß Präsident Roosevelt den Vorschlag Deutschlands und Englands, das Schiedsrichteramt zu übernehmen, nicht annehmen könne. Nach der „Nordb. Allg. Ztg.“ hatten sich „dem Geiste der Mäßigung entsprechend, den Deutschland und England in der venezolanischen Angelegenheit an den Tag gelegt haben“, die deutsche und britische Regierung in den Noten an den Präsidenten Roosevelt für den Fall seiner Ablehnung des Schiedsamts bereit erklärt, unter gewissen Vorbehalten den Streit dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Ein anderer Diffusor meint: Roosevelt wird von Deutschland in Vorschlag gebracht worden, und die deutsche Regierung erklärte darin die weitestgehende Anerkennung der Monroe-Doktrin, die die Vereinigten Staaten nur wünschen konnten.

Castro will, wie dem „Localztg.“ aus New-York vom Freitag gemeldet wird, das Haager Schiedsgericht unter der Bedingung annehmen, daß die Blokade sofort aufgehoben wird, und die venezolanische Flotte zurückgegeben wird. Venezuela gehört übrigens nicht zu den Staaten, welche das im Juli 1890 unterzeichnete Haager Friedensabkommen ratifiziert haben. Auch nachträglich ist Venezuela diesem Abkommen nicht beigetreten. Auf Grund dieses Abkommens hat jeder Staat das Recht, den übrigen Signatarmächten die Annahme des Haager Schiedsgerichts zu empfehlen, denn Art. 26 der Haager Friedensconvention lautet: „Die Signatarmächte betrachten es als Pflicht, in dem Falle, wo ein ernsthafter Streit zwischen zwei oder mehreren Staaten von ihnen ausbrechen droht, diese daran zu erinnern, daß ihnen der ständige Schiedshof offen steht.“

In England ist man von dem Entschlusse des Präsidenten Roosevelt und von der Annahme des Haager Schiedsgerichts wenig erbaud. Der „Standard“ erklärt: Man wird in England die Nachricht ohne große Begeisterung aufnehmen, da man von vornherein davon überzeugt ist, daß der Vorgang nur aufführender Charakter trägt, möglicherweise auf lange Zeit hinaus. Das Blatt stellt die Frage, welche Bürgschaft dafür bestehe, daß die Behörden in Caracas der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts mehr Aufmerksamkeit schenken werden,

als den Gründen, die der gesunde Menschenverstand liefert, und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die drei Mächte nicht so kurzichtig sein werden, die Blokade sofort aufzuheben. — „Times“ schreibt: Wir bedauern rüchaltlos, daß Präsident Roosevelt es nicht für angänglich hielt, das Schiedsrichteramt zu übernehmen. Wir werden jedoch gern bereit sein, uns der Entscheidung des Schiedsgerichtshofes zu unterwerfen. Wir vertrauen darauf, daß die Mächte die Blokade nicht eher aufheben werden, als bis sie sich überzeugt haben, daß Venezuela bereit ist, mit demselben Entgegenkommen zu handeln, welches die Mächte ihm gegenüber zu zeigen sich entschlossen haben.

Die italienische Note in der Venezuelafrage ist nach einer Mitteilung der „Agenzia Stefani“ aus Washington in sehr herzlichen Ausdrücken gegenüber den Vereinigten Staaten gehalten. Die italienische Regierung erklärt sich im Prinzip bereit, ein Schiedsgericht anzunehmen, und sagt ferner, sie würde sich glücklich schätzen, wenn Präsident Roosevelt das Schiedsrichteramt übernehmen würde, und würde, wenn dieser nicht annehmen sollte, nichts dagegen einzuwenden haben, daß die Streitfrage dem ständigen Haager Schiedsgericht zur Entscheidung übergeben werde.

Ueber Blockademassnahmen wird aus La Guayra berichtet: Der holländische Dampfer „Prins Willem II.“ ist in La Guayra eingetroffen und hat die üblichen förmlichkeiten beobachtet; der Agent weigerte sich, den Hafenoffizier der Behörde zu entrichten. Der Dampfer ist nach Trinidad abgegangen, ohne mit dem Lande in Verbindung zu treten.

Nach einem „Reuters“ Telegramm aus La Guayra beträgt der Wert der von den holländischen Wädhren genommenen Schiffe nicht viel über 5000 Dollars.

Nach einer Neutermelung aus La Guayra vom Freitag sind bis jetzt mit Einschluß von 2 Schoonern 20 venezolanische Schiffe weggenommen worden. Am Freitag wurde der schwebelnde Bark „Pamoras“, die von Caribbi kommt und Kohlen für die englische Eisenbahn an Bord hat, die Erlaubnis nicht erteilt, in den Hafen von La Guayra einzulaufen, da ihre Ladung als Kriegesentlade betrachtet wird. Es wurde ihr die Weisung erteilt, wegzufahren; der Kapitän wartet auf Befehle von den Empfangern der Ladung.

Der Kommandeur des englischen Kriegsschiffes „Tribune“ hat den holländischen Consul ermächtigt, den holländischen Staatsangehörigen in Los Roques, die ohne Proviant und Wasser sind, Hilfe zu bringen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Kaiser Franz Josef ist am Freitag Abend bei bestem Wohlbefinden aus Balfsee in die Hofburg nach Wien zurückgekehrt.

Rußland. Der Zar ist mit seiner Familie am Mittwoch in Jaroslawo Selo eingetroffen. Am Donnerstag wohnte der Zar der feierlichen Nagelung einer dem Pagenkorps verliehenen neuen Fahne bei. An der Zuerstfeier nahm auch eine aus 4 Kadetten bestehende deutsche Abordnung teil. Der Zar richtete an jedem dieser 4 Kadetten kuldbolle Worte. — In Rußland dauert die Gährungsung unter den Arbeitern in den Werksstätten der Wabstafabrik-Gesellschaft an; es wird jedoch weiter gearbeitet. Polizei und Militär beobachten die Arbeiter. In den letzten Tagen begannen jugendliche Arbeiter die bei den Werksstätten Wache stehenden Kosaken zu belästigen. Sie warfen mit Eisenstücken nach ihnen und verwundeten einen Kosaken. — Der russische Minister des Auswärtigen Graf Lambsdorff ist am Mittwoch in Belgrad eingetroffen und hat am Donnerstag Vormittag in Belgrad mit dem König von Serbien konferiert. Am Freitag erfolgte die Ankunft des Ministers in Sofia, wo er im Schlosse Abteigekwartier nahm. Während der Abendstunde bei dem russischen diplomatischen Agenten ließ sich Graf Lambsdorff von einzelnen Parteiführern, namentlich Karawelow, Petrow, Radostanow und Gershow die

Der alljährlich nur einmal stattfindende grosse

Räumungs-Ausverkauf

beginnt Freitag den 2. Januar 1903.

Der Besuch ist durchaus lohnend. Gleich günstige Gelegenheitskäufe sind bisher nicht geboten worden.

Halle a. S. **Geschäftshaus J. Lewin.** Halle a. S.

Die Zinsen für Spareinlagen werden vom 2. bis 15. Januar 1903 in den Stunden von 9—1 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags gezahlt. Nach dieser Zeit werden die nicht abgehobenen Zinsen dem Kapital zugeschrieben.

Unsere Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliederbücher zum Vortrag des Guthabens für 1902

bis zum 15. Januar 1903

in unserem Geschäftstokale einzureichen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Bücher auf Kosten der Säumnigen abgeholt.

Merseburg, den 27. Dezember 1902.

Vorschuss-Verein zu Merseburg,

Singetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung.
F. G. Dürr. E. Hartung. R. Heyne.



Emil Wolff,
Wild-, Geflügel- u. Fischhandlung,
Rossmarkt Nr. 6. Fernsprecher Nr. 2,
empfiehlt zum Weihnachtsfeste:
frische extra grosse Hasen,
auch geteilt, auf Wunsch geschütet und gespickt,
zarte Reh-Rücken, Keulen und Blätter,
feinste Damwild-Rücken, Keulen u. Blätter,
Rothspeker-Rücken
à Pfd. Markt 1.00, Keule à Pfd. Mt. 0.80, Blatt à Pfd. Mt. 0.60.
wilde Kaninchen, feiste Fasanenhähne,
Pater- und Paterhennen, Perlhühner,
Capaunen, steyr. Poularden, Enten,
Dresdener u. hiesige Fett- u. Bratzgänse,
auch geteilt.
Böhmische Spiegelkarpfen,
nur beste wochschmeckende Waare, à Pfd. 90 Pf.
Aale, Schleien, extrafeinen Lachs.
Verandt nach auswärts prompt. Besondere Bestellungen werden schon jetzt entgegen genommen.

Neujahrskarten,

reiche Auswahl, billige Preise, empfiehlt

A. Karius, Struß 17.

Gewerkschafts-Kartell

hält Mittwoch den 31. Dezember (S. Lofter)

in der „Fantenburg“ einen

Ball

ab, wozu alle Genossen u. Freunde willkommen sind. Anfang 8 Uhr.

Das Comité.

Gesang-Verein

Thalia.

Donnerstag den 1. Januar 1903, von nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr an.

Neujahrs-Ländchen verbunden mit Christbaumverlosung im „Cajino“. Der Vorstand.

Reichstrone.

Freitag den 9. Januar 1903

Wolzogen-Concert.

Buntes Programm.

Direction: Martin Stein, Hamburg.

Mitwirkende: Ernst Freih. v. Wolzogen, Elsa Laura v. Wolzogen, Anny Gross, Lizzi Sondermann, Emil del Ley, Gregor von Akimoff.

Erlels Band, Kapellmstr. u. Pianist

Anfang 8 Uhr. Cassendöffnung 7 Uhr.

Ausführl. Programm an der Abendkasse.

Concertsitzgel von der Firma

G. Richard Ritter.

Billetts à Mt. 2.50, Mt. 1.50, Mt. 0.75

Am Vorverkauf: Mt. 2.00, Mt. 1.25, Mt. 0.60.

Vorverkauf in der Buchhandlung von

Fr. Stollberg.

Heute Schlachtfest.

E. Vogel, Sand 15.

Heute Schlachtfest.

G. Böttcher, Sand 18.

Heute Dienstag

hausgeschlachte Wurst

C. Tauch.

Brennlicher Adler.

Mittwoch Schlachtfest.

Badelt's Restauration.

Heute Schlachtfest.

Kammers Restauration

Heute Schlachtfest.

Hubold's Restauration.

Heute Schlachtfest.

Ein Landwirt, Vater von 8 Kindern, mit circa 56 Morgen Feld und Wiese, sucht sobald als möglich zur Führung seines Haushaltes eine Wirthschafterin.

Näheres zu erfragen in der Erbd. d. St.

Zum 1. April 1903 werden

2 Dreifachfamilien

bei hohem Lohn gesucht.

Ritterant Kriegsdorf

bei Merseburg.

Stellung

erhalten junge Leute nach 2monat. gründl.

Ausbildung in meiner Anstalt als landw. Buch-

halter, Amtssecretär, Beamter. Honorar

mäßig. Bisher über 700 Beamte verlangt.

Kabe, norm. Amtsvoisicher, Landwirth,

Halle a. S.

Jüngeres kräftiges Mädchen

in Aufwartung oder Dienst per 1. Januar ge-

sucht. Frau Schurig, Dom 5.

Unabhängige Frau

als Aufwartung gesucht. Neumarkt 66.

Junges Mädchen

als Aufwartung für die Vormittagsstunden ge-

sucht. Zu erfragen

Gothardstraße 29, Glazergeschäft.

Ein großer achtbarer Jughub, trägt

Salsband mit selbstem Beschlagn, auf den Namen

Victor,ierend, ist abhanden gekommen.

Gegen Belohnung abzugeben bei

Richard Harpordt, Frankleben.

Vor Anfang wird gewant.

Am 2. Keiertag ist eine goldne längliche

Broche verloren gegangen. Gegen Belohnung

zurückzugeben. Gothardstraße 8.

Granatbroche

gefunden. Götte-straße 3.

Schnelleshawl (schlich geschreit) verloren.

Gegen Belohnung abzugeben

Sindenstraße 14. 11.

Ein Hut am 2. Keiertag Abend

in der Reichstrone ver-

tauscht. Bitte umzutauschen

Landstädter Str. 9. 11.

Beim Vergleichen der Wädel-Gesellschaft

im „Tholl“ ein Hut vermischt und 2 Ball-

tischer liegen geblieben. Abzugeben

Oberaltendurg 12.

Durch Verpachtung der Damm-

mühle auf mehrere Jahre erweise ich

böschlich um Einreichung der Rechnungen

über etwaige Forderungen sowie um

Regulierung etwaiger Verbindlichkeiten

bis zum 1. Jan. 1903.

Ernst Gerstenkorn,

Mühlenerwaller.

Unser heutiges Gesamt-Anlage

liegt ein Brochet der Firma R. Inhoff

Stad. Wanne, bei.

Dierzu 1 Beilage.

Zum siebenzigsten Geburtstage von Dr. Max Hirsch.

Ein für die gesamte arbeitende Bevölkerung festlicher Tag ist der heutige 30. Dezember, an dem ein Mann wie Dr. Max Hirsch, ein Vorkämpfer für die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse und Anwalt der deutschen Gewerksvereine seinen 70. Geburtstag begeht.

Angefaßt der heutigen wirtschaftlichen Lage ist es wohl angebracht, einen Rückblick auf die Thätigkeit dieses seltenen Mannes zu werfen.

Angeregt durch die gedrückten Arbeiterverhältnisse erließ Dr. Max Hirsch im Jahre 1868 einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft zwecks Gründung einer Organisation nach dem Muster der englischen Gewerksvereine. Ein großer Teil der Arbeiter folgte dem Rufe und gründete die deutschen Gewerksvereine, aus deren Anwalt Dr. Max Hirsch gewählt wurde.

Nicht achtend der Verdächtigungen seitens der Gegner von links und rechts hat er getreu seinen Anschauungen die Gewerksvereine in der langen Zeit seit ihrer Gründung nach allen Richtungen hin ausgebaut und verbessert. Daß Dr. Max Hirsch mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der Krankenkasse, mit der Gewährung einer Wanderunterstützung und der Unterstützung in Nothfällen, sowie mit vielen andern segensreich wirkenden Einrichtungen das Nützlichste gethan hat, beweisen die Nachahmungen, die von seinen Gegnern seit Jahrzehnten gemacht werden, sowie die große Mitgliederzahl der Gewerksvereine, welche der Fiffer 120 000 nabekommen.

Aber nicht nur als Anwalt der Gewerksvereine hat er die Arbeiterverhältnisse zu verbessern gesucht, sondern auch als Vertreter der freisinnigen Partei im Reichstage hat er während seiner viermaligen Mandatsperiode nur zum Besten der Arbeiter gewirkt. Seine gesamte Thätigkeit, welche er in den 33 Jahren als Führer und Anwalt der Gewerksvereine entfaltet hat, hier zu schildern, würde zu weit führen.

Aber eins möchten wir zum Schluß noch hinzufügen: Möge uns Dr. Max Hirsch noch viele Jahre in ungehinderter Kraft als Führer und Freund zur Seite stehen!

Die Kronprinzessin von Sachsen und Erzherzog Leopold Ferdinand.

Ueber die Flucht der Kronprinzessin von Sachsen seien der „N. Fr. Pr.“ noch folgende Angaben erinnernd: Die Kronprinzessin und der Erzherzog fuhren am 11. Dezember nachts mit einem Wagen nach Hallein, nahmen dort Eisenbahnkarten nach Bischofshofen, von dort fuhren sie nach Zürich, wo sie im Hotel Bellevue abstiegen und mit Giron und Wilhelmine Adamowicz zusammentrafen. Sie fanden aus Zürich Depeschen an die Familie Loecana nach Salzburg, worin sie angelegten, daß die Kronprinzessin und der Erzherzog Aufenthalt in der Schweiz nehmen würden. Am nächsten Tage zeigte die Kronprinzessin durch ein kurzes Telegramm nach Dresden an, daß sie nicht mehr zurückkehren werde. Dort hatte Niemand eine Ahnung, daß sie mit Giron zusammengetroffen sei. Man recherchierte in allen Richtungen und hatte Hofbeamte nach Brüssel, Zürich und Wien geschickt. Auch die Wiener Polizei sandte Beamte nach München und der Schweiz. Dadurch wurde endlich ermittelt, daß die Kronprinzessin und der Erzherzog in Genf seien. Dann ging Erzherzog Josef Ferdinand nach Genf, um Bruder und Schwester zur Rückkehr zu bewegen. Er erkannte aber die Situation in Genf und merkte, daß die Lösung der Affäre nicht mehr möglich sei. Hierauf ordnete König Georg die Veröffentlichung der Flucht der Kronprinzessin durch das „Dresdener Journal“ an. Man weiß am Dresdener Hof, daß die Kronprinzessin keine Geldmittel hat, außer einem Schmutz im Werte von etwa 150 000 Mk., den sie bei sich trägt. — In Genf vollzieht die ständige Ueberwachung der Prinzessin der Dresdener Criminalcommissar Schwarz.

Nach Mitteilungen eines angeblich den Dresdener Hofkreise nahestehenden Gewährungsmannes der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ habe König Georg ursprünglich auf Scheidung bestanden, die aber vom Papst nicht zu erlangen gewesen sei. Die Familie habe darauf verlangt, daß die Kronprinzessin in ein Kloster gehen solle, wogegen sie sich aber mit aller Energie gestraubt habe. Auch der Kronprinz sei dagegen gewesen. Im Hause ihres Vaters habe die Prinzessin eine mildere Beurteilung zu finden gesucht und sei dorthin geeilt. Dort aber habe man ihr nur die Wahl gelassen zwischen Kloster und Irrenanstalt. Darauf sei sie ins Ausland geflüchtet.

Brüssel, 28. Dezember. Giron veröffentlicht in der heutigen Morgennummer des „Welt Neu“ eine authentische Darstellung der ganzen Angelegenheit, um, wie er sagt, falschen Berichten eines Theiles der Presse entgegenzutreten. Giron erzählt, daß er sich im vorigen Jahre durch Vermittelung des hiesigen deutschen Gesandten Grafen

Wallnis um die Stelle eines französischen Sprachlehrers am sächsischen Hofe bewarb. Er erhielt den Posten, ohne vorher jemals die Kronprinzessin gesehen zu haben. Während der ersten drei Monate seines Aufenthaltes am Dresdener Hofe ereignete sich nichts Besonderes; insofern entstand jedoch zwischen ihm und der Kronprinzessin, als der Hof in Waschnitz weilte, eine starke Herzensneigung. Giron will über das Verhalten des Kronprinzen keine Einzelheiten geben, bemerkt aber, daß es unwahr ist, daß die Kronprinzessin sich irgend welchen Exzentricitäten hingeeben habe außer dem Radfahrsporn. Der Hof konnte ihr bis zu seiner Ankunft nichts vorwerfen. Ebenso unwahr ist es, daß Giron am 2. Dezember plötzlich verabschiedet wurde; vielmehr nahm er selbst auf den Rath der Hofdame Baronin Freisch seine Entlassung. Diese habe nämlich das insofern störrisch gewordene Verhältnis Giron's zur Kronprinzessin entbunden und Giron am 12. November aufgefordert, Dresden zu verlassen, widrigenfalls sie dem König Georg davon Kenntniß geben werde. Als Giron der Kronprinzessin seinen Entschluß mittheilte, daß er den Hof verlassen wolle, erklärte diese sofort, sie werde mit ihm ziehen, worauf beide unter Mitwirkung des Erzherzogs Leopold Ferdinand einen regelrechten Rückzugplan ausarbeiteten. Giron reiste am 14. Nov. nach Brüssel ab, während die Kronprinzessin unter dem Vorwande, ihre Eltern zu besuchen, am 9. Dezember in Salzburg eintraf. Am 12. Dezember um Mitternacht, als alles im Palaste des Großherzogs von Toskana schlief, packten die Kronprinzessin und der Erzherzog ihre Kleider und Bärge, verließen heimlich den Palast und begaben sich zur Eisenbahn, wo sie der Wartesaal dritter Klasse betreten. Um 4 Uhr morgens fuhren beide über Innsbruck und Zürich nach Genf. Die Kronprinzessin hatte nur wenig Geld bei sich, aber ihren Schmutz im Werte von 400 000 Franken. Die Meldung, daß sie auch Juwelen mitgenommen habe, welche dem sächsischen Hofe gehören, bezeichnete Giron als böswillige Erfindung. Um die sächsischen Polizei zu täuschen, wurden sodann von Brüssel aus falsche Depeschen nach Dresden geschickt. Der sächsische Hofmarschall Graf Rümping sowie der Polizeichef Schwarz suchten in Brüssel nach der Flüchtigen, natürlich vergebens, entdedten aber doch, wo sie waren. Am 19. Dezember kamen die sächsischen Functionäre nach Genf und hatten daselbst eine Unterredung mit der Kronprinzessin, welche sie zu bestimmen suchten, nach Salzburg zurückzukehren. Die Kronprinzessin verzweigte dies. Die sächsische Regierung suchte dann auf diplomatischem Wege die Auslieferung der Kronprinzessin zu erlangen; die schweizerische Regierung wies jedoch das Gesuch entschieden ab und beflagte sich wegen der Anwesenheit von sächsischen Geheimpolizisten auf schweizerischem Boden. . . . Weiter erklärt Giron, er sei der Vater des Kindes, welches die Kronprinzessin unter dem Herzen trage. Kronprinz Friedrich August wisse dies, aber nicht etwa durch ein Geheimniß seiner Gemahlin oder durch einen hinterlassenen Brief, sondern durch den aufgefundenen Briefwechsel zwischen der Kronprinzessin und ihrem Liebhaber. Schließlich betont Giron, daß zwischen seinem Liebeskramen und dem des Erzherzogs Leopold kein Zusammenhang bestände. Die Juwelen der Kronprinzessin wurden hierher gesandt an die Adresse von Giron's Bruder, den Hauptmann Giron. Derselben gelangten jedoch nicht an die Adresse, und die Kronprinzessin weiß nicht, was daraus geworden.

Provinz und Umgegend.

Halle, 29. Dez. Vor dem Feste sind hier eine Menge Gelegenheitsdiebstähle verübt worden, die Diebe hatten es namentlich auf vor den Fenstern aufgehängte Festtagsbraten: Gänse, Hasen u. abgesehen, die sie geschickt absunehmen wußten. Aber auch Geflügelställe wurden aufgeschloßen, erbrochen, die Injassen an Ort und Stelle abgeschlachtet und mit fortgenommen. — Verhaftet wurde hier ein verheiratheter Mann, der einem leichtgläubigen Dienstmädchen die Geirath versprochen hatte und von dieser deren Sparkastenbuch erschwindelte und dann den Betrag von mehreren hundert Mark abbob.

Magdeburg, 24. Dez. Ein schwerer Einbruchdiebstahl ist, der „Magd. Ztg.“ zufolge in vergangener Nacht im Hause Vorstraße 2 auf raffinierte Weise ausgeführt worden. Man hat es hierbei wohl mit gewerbemäßigen, von außerhalb zu geeizten Einbrechern zu thun, die mit Nachschlüsseln gearbeitet haben. Sie sind auf diese Weise in das Haus eingedrungen und haben die Thür zu der im ersten Stock liegenden herrschaftlichen Wohnung geöffnet. Sie haben hier verschiedene Schränke und Behälter ebenfalls mit falschen Schlüsseln geöffnet; nur eine Truhe ist aufgebrochen worden. Sie haben ungehört arbeiten können, da die Schlafkammer der Bewohner nach der anderen Seite liegen. Heute Morgen bemerkten die Mädchen durch das Aussehen

einer Thür, daß in der Wohnung etwas vorgegangen war, und man hat denn auch beim Betreten der Zimmer, wie die Diebe gehaust hatten. Die gestohlenen Schmuckgegenstände u. repräsentieren einen Verth von etwa 5000 Mk. Außerdem nahmen die Diebe noch 800 Mk. bares Geld. Bis jetzt hat man eine Spur der Diebe noch nicht entbndt.

† Braunschweig, 23. Dez. Das Opfer ihrer Vertrauensseligkeit ist eine Dame aus Harzburg geworden. Sie kam gestern auf dem hiesigen Hauptbahnhofe an und wollte vom Nordbahnhofe ab weiterfahren. Auf dem Hauptbahnhofe übergab sie ihren Koffer, der mit Inhalt 210 Mk. werth war, einem ihr völlig unbekanntem, etwa 20-jährigen Menschen, damit dieser ihn nach dem Nordbahnhofe bringe. Sie hat bislang weder ihren Koffer, noch dessen Träger wieder zu sehen bekommen.

Botanachrichten

Merseburg, den 30. Dezember 1902.

** (Personalnotiz.) Der Postgehilfe Seyde ist von Leuchern nach hier veretzt worden.

** Der Bürger-Gesang-Verein hatte seine Mitglieder und Gäste am Sonntagabend zu der alljährlichen Weihnachtsfeier im „Evoli“ zusammengeführt, dessen Festsaal sich aus diesem Anlaß dicht besetzt zeigte. Das interessante und reichhaltige Programm entsprach in seinem ersten Theile ganz der vorherrschenden Stimmung und so brachte unser Stadtorchester zunächst die Ouverture „Weihnachtsfest“ von Hell, sodann das überaus rare „Heilige Nacht“ für Streichinstrumente von Dertel und das sinnige Stück „Kindleins Weihnachtsraum“ von Bengert in einer Weise zur Ausführung, die allseitigen Beifall fand. Den ein- und hundertelnden Orchesterlagen folgte die Vorführung des einaktigen Weihnachtsfestspiels „Die Jünger vom Kotelberg“ von Fritz Kubolt. Das mit großer Sorgfalt vorbereitete Stück erzielte durch seine vortheilhafte Inszenierung und die ungelünstliche Darstellung der einzelnen, meist von Kindern gespielten Rollen eine ausgezeichnete Wirkung, so daß sich am Schluß stürmischer Applaus kundgab. Nach einigen Musikpielen, von denen das gelungene Weihnachtspotpourri von Berndt besondere Erwähnung verdient, ging als letzter Theil des Programms die burleske Operette „Estrise in Kamerun“ von Victor Holländer in Scene und verfehlte das überaus zahlreihe Auditorium mit ihrem köstlichen Humor in die heiterste Stimmung. Die braven Rollen-träger wurden mit lebhaftem Beifall belohnt. Ein fast frequenzirter Ball, der die festliche Erscheinung bot, daß es an jungen Damen mangelte resp. die jungen Herren in außergewöhnlich großer Zahl erschienen waren, zog bis gegen Morgen jene frohlichen Kreise und gab dem schönen Feste einen allseitig befriedigenden Abschluß.

** Der kirchliche Verein des Neumarkts hielt seine diesmalige Weihnachtsbesprechung am Sonntagabend im Saale des Magarrens ab. Au 20 Kinder und 4 bedürftige Erwachsene wurden hier nach dem frommen Christknaub Gaben vertheilt, nachdem Herr Sup. a. D. Nönnke in tiefempfundener Ansprache auf die Bedeutung des schönen Festes hingewiesen hatte. Vertheilt wurde die Feier durch Vortrage des Posaunenbläsercorps unseres evang. Jünglingsvereins, Solofestänge einer fünfzehnten jungen Dame und mehrere gemeinschaftlich gesungene Lieder. Eine am Schluß veranstaltete Verloosung lieferte für das nächstjährige Weihnachtsfest einen kleinen Kapitalstock, der hauptsächlich bis dahin seinen Zweck entsprechend ausgewaschen ist.

** Form und Beschaffenheit der Briefsendungen. Beim Herannahen des Neujahrsbriefverkehrs erscheint es angebracht, darauf hinzuweisen, wie ein jeder, der seine Glückwünsche der Post zur Uebermittlung anvertraut, nach seinem Theile dazu beitragen kann, den Postbeamten die mit der Bewältigung der ungeheuren Briefmassen verbundene Arbeit in diesen Tagen wesentlich zu erleichtern. Wir denken dabei zunächst an das Form at der Briefe. Je kleiner es ist, desto unbedeutlicher wird die Adresse und diese wird schließlich noch zum Theil vom Stempel verdrängt. Dazu kommt, daß so kleine Briefe in steter Gefahr sind, sich in Druckschneidungen zu verwickeln und dadurch in Verlust zu geraten. Man vernehme daher möglichst Briefumschläge von gewöhnlicher, mittlerer Größe, die vieredig — nicht rund oder oval — sind und sich infolgedessen auf der Post bequem aufstellen, abheften, sortiren und verpacken lassen. Die Freimarken stelle man stets in die obere rechte Ecke der Aufhängefläche. Damit der Bestimmungsort, der für den Postbeamten bei der Abfindung zunächst allein wichtig ist, leicht in die Augen fällt, schreibe man ihn stets unten rechts nieder und unterstreiche ihn. Obgleich es mit dem Bestimmungsorte gleich oder ähnlich lautende Postorte, so ist dem Ortsnamen eine zufällige Bezeichnung beizufügen,

Merseburger Correspondent.

Ercheint täglich
(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Festtagen) früh 7¼ Uhr.
Telephonanruf Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:
Mittliches Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Hermtträger,
1 Mark 60 Pf. durch die Post.

Nr. 304.

Dienstag den 30. Dezember.

1902.

Abänderung des Reichstagswahlrechts?

Ein Grand-Seigneur, welcher in Hofkreisen viel verkehrt und gleichzeitig intime Fühlung mit den Kreisen der Diplomatie und der Parlamentarier unterhält, äußerte in diesen Tagen im privaten Gespräch, daß das bestehende Reichstagswahlrecht einer ernstlichen und schweren Gefahr ausgesetzt sei. Die Scharfmacher seien mit nie zuvor gekannter Kühnheit an der Arbeit und auch in parlamentarischen Parteien, welche früher als unzweifelhafte Verteidiger desselben angesehen werden konnten, sei unverkennbar die Neigung hervorgetreten, auf eine Abänderung des Wahlrechts einzugehen.

Er berichtete weiter, welcher beispiellose Druck auf die Angehörigen der Mehrheitsparteien ausgeübt worden sei, um für den Antrag Kardorff zu stimmen, und zwar sei dieser Druck nicht nur aus den Parteien selbst heraus bewirkt worden, sondern auch aus den Kreisen des Hofes und der Regierung. Es war ja ohne weiteres klar, daß bei dem Antrag Kardorff der Reichstagsler und andere hohe Reichs- und Staatsbeamte ihre Hand mit im Spiele hätten, das nur im vollen Einklang mit dem Reichstagsler ein solcher Antrag überhaupt eingebracht werden konnte, und mit vollem Recht ist Graf Bülow daher im Reichstage als Mitschuldiger dieses Antrages bezeichnet worden. Es wäre interessant, zu erfahren, ob nicht die Idee hierzu von ihm selbst herrührt. Neu ist nur, welcher Druck von seiner und ihm nahe stehender Seite ausgeübt worden ist, um dem Antrage eine entsprechende Mehrheit zu verschaffen.

Das dieser Druck namentlich auf die Nationalliberalen seine Wirkung nicht verfehlt hat, weiß man allgemein, und es wird jetzt klar, daß man diesen gegenüber gerade mit dem Argument der Gefährdung der Verfassung der Sozialdemokratie gearbeitet und mit Erfolg operiert hat. Freilich, der Schlag, den man dem parlamentarischen System mit der Abänderung und Vergewaltigung der Geschäftsordnung in der letzten Woche verfehlt hat, die erst jene stürmischen Szenen im Reichstage entfachten, welche die Scharfmacher beobachteten — er müßte auch jenen Nationalliberalen, welche ernstlich geglaubt haben sollten, damit dem Parlamentarismus zu dienen, die Augen geöffnet haben, daß sie lediglich Werkzeuge in den Händen der Scharfmacher waren, daß sie die Gefahr, welche sie zu beschwören meinten, durch die Beteiligung an dem parlamentarischen Staatsstreich nur verschärfert haben.

Daß man in dem jetzigen Reichstage den Versuch zu einer Abänderung des Wahlrechts machen dürfte, ist nicht wahrscheinlich; aber die Scharfmacher hoffen, unter dem Schutze des gesamten Regierungsapparats Wahlen zustande zu bringen, durch welche die Festsetzung des jetzigen Wahlrechts auf verfassungsmäßigen Wege, d. h. durch Aenderung der Reichsverfassung herbeigeführt werden könnte. Und wieder das Centrum, welches seinen Bestand bei einem Dreiklassenwahlsystem in der Art des preussischen mindestens ebenso gesichert glaubt wie unter dem jetzigen Reichstagswahlrecht, noch die Nationalliberalen — letztere wenigstens in ihrer Mehrheit — würden einen früheren Schutz gegen dieses Attentat auf die Rechte des Volkes gewähren. Daß die beiden konservativen Parteien mit der Hofanliegen eigenen Jagdfreude den Staatsstreich mitmachen würden, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Daß auf die Regierungen in dieser Beziehung gar kein Verlaß ist, haben die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt. Der nächste Wahlkampf wird sich also aller Voraussicht nach noch weit mehr, als um die Frage der Schulzelle, um die Erhaltung des Wahlrechts drehen, und Sache der Wähler wird es sein, von den zu wählenden Abgeordneten in jedem Falle klipp und klaren Bescheid sich geben zu lassen, ob sie für die Erhaltung des geheimen, gleichen Wahlrechts eintreten oder nicht.

Der Konflikt mit Venezuela.

Präsident Roosevelt hat, wie schon in vor. Nr. mitgeteilt, das Anerbieten, als Schiedsrichter in der Venezuela-Frage zu fungieren, abgelehnt. „Reuters Bureau“ meldet aus Washington: „Präsident Roosevelt wird das Schiedsamt nicht übernehmen. Die ganze Streitfrage wird dem Haager Schiedsgericht überwiesen werden.“

Die Entscheidung hat Roosevelt getroffen in einer Sitzung des Cabinets, das am Freitag Vormittag zur Beratung der Venezuelafrage zusammentrat. Nachdem die Entscheidung gefallen, meldete „Reuters Bureau“ aus Washington vom Freitag: „In den am 23. Dezember überreichten Noten haben sich die deutsche und die britische Regierung bereit erklärt, den Streit mit Venezuela für den Fall, daß Präsident Roosevelt das angebotene Schiedsamt nicht übernehmen sollte, unter gewissen Vorbehalten dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Diese Bereitwilligkeit hat dann auch die italienische Note zum Ausdruck gebracht.“ Auf den Inhalt dieser Vorbehalte kommt es an, um erkennen zu können, ob sie nicht im Grunde auf eine Ablehnung der Anrufung des Haager Schiedsgerichts hinauslaufen.

An amtlicher Stelle in Berlin war nach der „Nationalztg.“ bis Sonnabend Nachmittag nichts darüber bekannt, daß Präsident Roosevelt das ihm angebotene Amt als Schiedsrichter nicht übernehmen wolle. Andererseits behauptet der „Berl. Localztg.“, daß am Sonnabend der ablehnende Bescheid Roosevelt dem Auswärtigen Amt in Berlin durch den amerikanischen Botschafter überreicht worden sei und daß das Auswärtige Amt sein tiefstes Bedauern darüber ausgesprochen habe, daß Präsident Roosevelt den Vorschlag Deutschlands und Englands, das Schiedsgericht zu übernehmen, nicht annehmen könne. Nach der „Nord. Allg. Ztg.“ hatten sich „dem Geiste der Mäßigung entsprechend, den Deutschland und England in der venezolanischen Angelegenheit an den Tag gelegt haben“, die deutsche und britische Regierung in den Noten an den Präsidenten Roosevelt für den Fall seiner Ablehnung des Schiedsamtes bereit erklärt, unter gewissen Vorbehalten den Streit dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Ein anderer Diffusor meint: Roosevelt war von Deutschland in Vorschlag gebracht worden, und die deutsche Regierung erklärte darin die weitestgehende Anerkennung der Monroe-Doktrin, die die Vereinigten Staaten nur wünschenswert konnten.

Castro will, wie dem „Localztg.“ aus New-York vom Freitag gemeldet wird, das Haager Schiedsgericht unter der Bedingung annehmen, daß die Blokade sofort aufgehoben und die venezolanische Flotte zurückgegeben wird. Venezuela gehört übrigens nicht zu den Staaten, welche das im Juli 1890 unterzeichnete Haager Friedensabkommen ratifiziert haben. Auch nachträglich ist Venezuela diesem Abkommen nicht beigetreten. Auf Grund dieses Abkommens hat jeder Staat das Recht, den übrigen Signatarmächten die Anrufung des Haager Schiedsgerichts zu empfehlen, denn Art. 26 der Haager Friedensconvention lautet: „Die Signatarmächte betrachten es als Pflicht, in dem Maße, wo ein ernsthafter Streit zwischen zwei oder mehreren Staaten von ihnen auszubrechen droht, diese daran zu erinnern, daß ihnen der ständige Schiedshof offen steht.“

In England ist man von dem Entschlusse des Präsidenten Roosevelt und von der Anrufung des Haager Schiedsgerichts wenig erhabt. Der „Standard“ erklärt: Man wird in England die Nachricht ohne große Begeisterung aufnehmen, da man von vornherein davon überzeugt ist, daß der Vorgang nur aufführender Charakter trägt, möglicherweise auf lange Zeit hinaus. Das Blatt stellt die Frage, welche Bürgschaft dafür bestehe, daß die Behörden in Caracas der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts mehr Aufmerksamkeit schenken werden,

als den Gründen, die der gesunde Menschenverstand liefert, und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die drei Mächte nicht so kurzichtig sein werden, die Blokade sofort aufzuheben. — „Times“ schreibt: Wir bedauern rückhaltlos, daß Präsident Roosevelt es nicht für angängig hielt, das Schiedsgerichtamt zu übernehmen. Wir werden jedoch gern bereit sein, uns der Entscheidung des Schiedsgerichtshofes zu unterwerfen. Wir vertrauen darauf, daß die Mächte die Blokade nicht eher aufheben werden, als bis sie sich überzeugt haben, daß Venezuela bereit ist, mit demselben Entgegenkommen zu handeln, welches die Mächte ihm gegenüber zu zeigen sich entschlossen haben.

Die italienische Note in der Venezuelafrage ist nach einer Mitteilung der „Agenzia Stefani“ aus Washington in sehr begünstigten Ausdrücken gegenüber den Vereinigten Staaten gehalten. Die italienische Regierung erklärt sich im Prinzip bereit, ein Schiedsgericht anzunehmen, und sagt ferner, sie würde sich glücklich schätzen, wenn Präsident Roosevelt das Schiedsgerichtamt übernehmen würde, und würde, wenn dieser nicht annehmen sollte, nichts dagegen einzuwenden haben, daß die Streitfrage dem ständigen Haager Schiedsgericht zur Entscheidung übertragen werde.

Ueber die Blokademassnahmen mit aus La Guayra berichtet: Der holländische Dampfer „Prins Willem II.“ ist in La Guayra eingetroffen und hat die üblichen Höflichkeiten beobachtet; der Agent welcher sich nach Trinidad abgegangen, ohne mit dem Lande in Verbindung zu treten.

Nach einem „Reuter“-Telegramm aus La Guayra beträgt der Werth der von den blockierten Mächten genommenen Schiffe nicht viel über 5000 Dollars.

Nach einer Neuermeldung aus La Guayra vom Freitag sind bis jetzt mit Einschluß von 2 Schoonern 20 venezolanische Schiffe weggenommen worden. Am Freitag wurde der schwedische Dampfer „Pamas“, die von Caribbi kommt und Kohlen für die venezolanischen Schiffe aufnahm, in Caribbi anzu-

ta einzubringen, wozu die Besatzung des Schiffes ermächtigt, die Hilfe

ng Josefa aus betrachtet. Familie am Donnerstag einer bei. Anbeten bebar richtete te. — In den Aresch-Gesellschaft den letzten bei den

berstärkten Waage stehenden Kosaken zu belästigen. Sie warfen mit Eisenstücken nach ihnen und verwundeten einen Kosaken. — Der russische Minister des Auswärtigen Graf Lambsdorff ist am Mittwoch in Belgrad eingetroffen und hat am Donnerstag Vormittag in Nisch mit dem König von Serbien konferiert. Am Freitag erfolgte die Ankunft des Ministers in Sofia, wo er im Schlosse Abteigekwartier nahm. Während der Abendstunde bei dem russischen diplomatischen Agenten ließ sich Graf Lambsdorff von einzelnen Parteiführern, namentlich Karalawow, Petlaw, Radostanow und Geshow

den letzten bei den Verstärkten Waage stehenden Kosaken zu belästigen. Sie warfen mit Eisenstücken nach ihnen und verwundeten einen Kosaken. — Der russische Minister des Auswärtigen Graf Lambsdorff ist am Mittwoch in Belgrad eingetroffen und hat am Donnerstag Vormittag in Nisch mit dem König von Serbien konferiert. Am Freitag erfolgte die Ankunft des Ministers in Sofia, wo er im Schlosse Abteigekwartier nahm. Während der Abendstunde bei dem russischen diplomatischen Agenten ließ sich Graf Lambsdorff von einzelnen Parteiführern, namentlich Karalawow, Petlaw, Radostanow und Geshow

